



# Interviews

**Datum: 27. Oktober 2023**

**Viola von Cramon (Grüne), MdEP, im Gespräch mit Jasper Barenberg**

**Jasper Barenberg:** Schwindet die Unterstützung für die Ukraine in ihrem Kampf gegen Russlands Angriffskrieg? Die Frage wird seit einigen Wochen öfter gestellt, etwa mit Blick auf wachsenden politischen Widerstand in den USA, dem mit Abstand wichtigsten Verbündeten Kiews im Westen. Aber auch in der EU gibt es neuerdings Beispiele für größere Zurückhaltung. So ist der neue Regierungschef der Slowakei, Robert Fico, zum europäischen Gipfel nach Brüssel mit der Absicht gereist, keine weiteren Militärhilfen für die Ukraine zu unterstützen.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor kommt jetzt hinzu: die tödlichen Massaker der islamistischen Hamas in Israel und die bange Frage, ob sich Kiew die Unterstützung und die Aufmerksamkeit der USA künftig teilen muss.

Die grüne Europaabgeordnete Viola von Cramon war gerade für einige Tage in der Ukraine. Jetzt ist sie am Telefon. – Schönen guten Morgen.

**Viola Von Cramon:** Guten Morgen, Herr Barenberg.

**Barenberg:** Sie haben schon eine ganze Reihe von Reisen dorthin gemacht, seit Russland den Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat. Was sind die prägenden Eindrücke jetzt bei dieser Reise?

**Von Cramon:** Tatsächlich war es das achte Mal, dass ich seit Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine war, und dieses Mal waren wir mit dem Unterausschuss für Menschenrechte des Europäischen Parlaments dort vor Ort und haben – und das war wirklich wichtig – einen ganzen Tag genutzt, um nicht nur in Kiew mit Partnerinnen und Partnern zu sprechen, sondern sind in die Region Tschernihew gefahren. Tschernihew befindet sich an der russisch-belarussischen Grenze zur Ukraine und war die erste Region, die nicht nur überfallen wurde, sondern die auch besetzt wurde und damit auch terrorisiert wurde. Wir hatten einen ganzen Tag die Möglichkeit, mit Opfern, mit Zeugen dieser furchtbaren Terror- und Kriegsverbrechen zu sprechen, die die Russen an der ukrainischen Zivilbevölkerung vollzogen haben. Ich glaube, es gibt viele, die haben schon sehr viel Leid und Elend gesehen, aber was wir dort von Menschen gehört haben, wie sie erschossen wurden, ihre eigenen Erschießungen überlebt haben, sich dann aus ihrem eigenen Grab ausgegraben haben, oder Menschen, die in einer Schlange standen, um Brot zu holen, die dann bombardiert wurde, und von den 100 Menschen, die in der Schlange standen, sind 20 zu Tode gekommen, 80 schwerverletzt, und diese Schwerverletzten haben uns dann berichtet, was das für ihr zukünftiges Leben bedeutet. Wir haben mit den Überlebenden eines Dorfes gesprochen, die 27, 28 Tage in einem Keller einer Schule gefangen gehalten wurden, ohne sanitäre Einrichtungen, ohne Trinkwasser, mit Babys von sechs Monaten bis zu älteren Personen über

90 Jahre. Die Älteren sind nach und nach gestorben. Die Russen haben ihnen nicht erlaubt, diese Menschen zu begraben, und vieles andere mehr. Wenn Sie das von den beteiligten Personen hören, wenn Sie die Orte dieses Terrors erleben, dann ist Ihnen auch klar, egal was darum herum passiert, wir müssen diese Solidarität, diese menschliche Solidarität in finanzielle, technische und persönliche Hilfe übersetzen.

**Barenberg:** Ein ganz klares Plädoyer für die weitere, dauerhafte und verlässliche Unterstützung der Ukraine. – Haben Sie dort erlebt, dass sich die Menschen Sorgen machen, dass sich möglicherweise auch die Politikerinnen und Politiker, mit denen Sie in Kiew zu tun hatten, Sorgen machen, dass die Unterstützung bröckeln könnte, dass sie nachlassen könnte?

**Von Cramon:** Ich denke, man muss zwei Sachen festhalten. Das eine ist: Die internationalen Organisationen wie das Rote Kreuz, wie UNICEF, wie aber auch die Internationale Atomenergiebehörde, die gucken zu. Die sind dabei und wissen, was passiert. Das heißt, es wird jeden Tag von der russischen Armee, von auch zivilen Kräften vor Ort in den besetzten Gebieten internationales Recht gebrochen, und das wird nicht geahndet. Es ist jetzt unsere Verpflichtung, gemeinsam mit den ukrainischen Behörden dafür zu sorgen, dass alles dokumentiert wird und das irgendwann zur Anzeige beim Internationalen Strafgericht gebracht wird. Das ist das eine.

Das andere ist jetzt, dass wir vor dem nächsten sehr harten Winter stehen. Die Kolleginnen und Kollegen in Kiew machen sich große Sorgen, dass die Ukraine nicht so gut in diesen Winter gehen kann, weil die Gasspeicher nicht voll sind, weil die zivile Elektrizität, Strom, Energie, Infrastruktur, nicht wiederaufgebaut werden konnte, weil Russland jetzt schon wieder beginnt, auch mit neuen Drohnen, mit neuen Systemen in massiver Form diese zivile Infrastruktur zu bombardieren, weil auch mehr Menschen zurückgekehrt sind im letzten Sommer. Das alles bedeutet, dass wir jetzt dafür sorgen müssen, diese Winter-Aktionspakete, die ja angekündigt wurden, wo auch unsere Außenministerin eine gute Rolle gespielt hat – wir müssen das umsetzen. Das muss schneller gehen. Wir müssen jetzt dafür sorgen, dass die Menschen gut durch den Winter kommen, und da brauchen wir erstens mehr Luftabwehr. Wir brauchen die Langstreckenraketen, die lange angefragt wurden, Taurus und Ähnliches. Und wir müssen dezentral dafür sorgen, dass die Menschen in den Regionen nicht erfrieren. Das wird nicht einfach.

**Barenberg:** Einiges zu tun unmittelbar für den bevorstehenden Winter und dann auch längerfristig. – Wie groß sind denn Ihre Sorgen, wenn Sie zum Beispiel in die USA schauen, wo es schon eine ganze Weile lang Vorbehalte gibt gegen die weitere Unterstützung, und das wird jetzt nicht besser, wenn im Repräsentantenhaus gerade ein rechter Hardliner zum Vorsitzenden gewählt wurde von Seiten der Republikaner, der schon klargemacht hat, weitere Unterstützung für die Ukraine, die sieht er sehr skeptisch?

**Von Cramon:** Ja nicht nur er! Wir müssen auch festhalten, dass bereits vor der Sommerpause zweimal die Abstimmung über das neue Unterstützungspaket in Höhe von 54 Milliarden von den Republikanern nicht unterstützt wurde. Das macht allen in der Ukraine große Sorgen.

Jetzt ist zu hoffen, dass der neue Kompromiss, wo dann auch einige Köder für die rechten Republikaner drin sind, dass das noch mal durchgeht. Aber es ist schon die Frage, wie stellt sich Präsident Biden für seine Wahlkampagne auf und kann er als harter Unterstützer der Ukraine wiedergewählt werden. Offensichtlich hat er da selbst Bedenken. Wenn das jetzt die neue Ausrichtung der USA ist, dann kann es nur lauten, dass Europa, dass wir mehr machen müssen, denn es muss in unserem Interesse sein, dass Russland in der Ukraine nicht gewinnt. Sie müssen davon ausgehen, dass die Menschen nicht unter russischer Besatzung leben werden. Das heißt: Falls Russland gewinnen sollte, machen sich Millionen von Menschen in der Ukraine auf die Reise. Die werden nicht in dieser Ukraine, die von Russland besetzt ist, leben wollen. Ich glaube, vor diesem Hintergrund kann man vielleicht auch in den USA und in anderen Staaten noch mal Hilfe mobilisieren.

**Barenberg:** Wenn Sie ein bisschen eine Zukunft entwerfen, in der Europa mehr tun muss, weil in den USA die Unterstützung nicht mehr so groß ist, dann geht der Blick gleich in die Slowakei zu Robert Fico und seiner Ansage schon im Wahlkampf und danach erst recht. Gibt es in Europa absehbar auch größere Widerstände gegen die weitere dauerhafte Unterstützung der Ukraine, finanziell und militärisch?

**Von Cramon:** Vielleicht kann man es so formulieren: Ich glaube, das größere Problem derzeit ist wirklich Viktor Orbán, der uns seit Beginn des Krieges erpresst und der wirklich die Stimme Putins in der EU ist, der wirklich ein Trojanisches Pferd ist. Die Slowakei hat ja in der Vergangenheit – und das wissen auch viele Ukrainer zu schätzen – sehr viel militärisches Ausrüstungsmaterial geschickt. Wenn man jetzt gemein wäre, kann man sagen, das meiste, was die Slowakei hatte, ist bereits in der Ukraine. Wie sich das jetzt weiter verhält, ob Fico, der ja eigentlich auch auf EU-Gelder angewiesen ist, da eine ähnlich destruktive Rolle spielen wird wie Viktor Orbán, das wird sich zeigen. Ich könnte mir vorstellen, dass er an der einen oder anderen Stelle deutlich kompromissbereiter ist, weil die Abhängigkeit von europäischen Geldern sehr hoch ist. Aber wie gesagt, das sind meine Annahmen. Am Ende, muss man sagen, kann man so was auch immer zwischen den Regierungen, intergouvernemental regeln, aber das ist ein deutlich höherer Aufwand. Das heißt, wir haben die Ukraine-Fazilität jetzt verhandelt. Es geht in zwei Wochen in den Trilog und eigentlich muss bis zum Jahresende das Finanzpaket für die Ukraine auf, auf was sie sich verlassen kann, auszahlungsreif sein. Am 1. Januar sollte das losgehen. Das heißt: Wenn es jetzt zwei Länder gibt, die wirklich nachdrücklich das Ganze nicht unterstützen, dann hat die EU ein Problem. Ansonsten hätte ich gedacht – und so sieht das auch aus -, wenn Ungarn isoliert ist und wenn alle anderen sich eigentlich einig sind bei der Unterstützung – und bei den 50 Milliarden geht es ja nicht um Waffenhilfe; da geht es ausschließlich darum, den ukrainischen Staat und möglicherweise den Wiederaufbau finanziell zu unterstützen und dazu einen Beitrag zu leisten. Deswegen glaube ich, da wird sich die Slowakei nicht querstellen.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*